

Berliner Finanzbrief.

(Von unserem Korrespondenten.)

Berlin, 15. Juni.

Eine Frage, die zurzeit die Gemüter in Bank-, Börsen- und Kapitalistenkreisen aufs eifrigste beschäftigt, ist die der geplanten Einschränkung des freien Börsenverkehrs. Es ist schon in früheren Berichten wiederholt mitgeteilt worden, daß von amtlicher Stelle mehrfach Mahnungen an die Adresse der Börse ergangen sind, den dort stattfindenden Verkehr nicht allzu stark anwachsen zu lassen, sondern für eine gewisse Beschränkung Sorge zu tragen. Vor Monaten waren im Zusammenhang damit bereits Beschlüsse der Banken und größeren Privatbankiers erfolgt, der Kundschaft keinerlei Spekulationskredit zu gewähren, sondern nur reine Kassengeschäfte zur Ausführung zu bringen. Nichtsdestoweniger hatte das Geschäft mit der Zeit einen größeren Umfang angenommen; nicht zuletzt deshalb, weil erhebliche Kapitalien, die in Rohstofflagern und in manchen, zurzeit stillgelegten Geschäftszweigen (etwa Getreidehandel, Ueberseehandel, Schifffahrt) festgelegt waren, mehr und mehr frei wurden und nach anderweitiger Anlage verlangten. Diese Kapitalien strömten in nicht unbedeutendem Umfange der Börse zu, und so kam es im Laufe der verfloffenen Wochen und Monate zu einer entschiedenen Geschäftsbelebung, die gleichzeitig von einer kräftigen Aufwärtsbewegung der Kurse begleitet war. An amtlicher Stelle, vor allem bei der Reichsbank, verfolgt man diese Vorgänge mit deutlichem Mißfallen; man befürchtet, daß sich in Zukunft immer weitere Kreise des Publikums an der Börsenspekulation beteiligen würden, und daß schließlich die Zeichnung auf die späteren Kriegsanleihen darunter leiden würde. Infolgedessen kündigte die Regierung scharfe Maßnahmen gegen die Börse an, wenn die Banken und Bankiers sich nicht freiwillig Beschränkungen in dieser Beziehung auferlegen würden. Angedroht wurde vor allem eine starke Erhöhung des Umsatzstempels, und zwar in einem Ausmaße, daß er geradezu prohibitiv wirken und der Verkehr in Effekten nahezu unterbunden werden würde; sollte auch diese Maßnahme nicht helfen, so sollte die Börse für jeden Verkehr geschlossen werden. Naturgemäß ist durch das Bekanntwerden dieser Absichten eine große Beunruhigung in allen beteiligten Kreisen hervorgerufen worden. Die Interessensvereinigungen der Bank- und Börsenwelt — also die Stempelvereinigung Berliner Banken und Bankfirmen, der Verein für die Interessen der Berliner Fondsbörse, der Börsenvorstand — sind sogleich zusammengetreten, um über Abwehrmaßnahmen zu beraten und einem Eingreifen der Regierung vorzubeugen, indem man freiwillig Vorkehrungen zur Eindämmung der Spekulation und zur Beschränkung des Börsenverkehrs ergriff. Der Börsenvorstand als hauptsächlich in Betracht kommende Instanz hat eine Kommission eingesetzt, die nach eingehender Beratung der Materie der Regierung bestimmte Vorschläge zur Genehmigung unterbreiten soll. Unter anderem dürfte der Vorschlag gemacht werden, die Börsenzeit um eine Stunde zu verkürzen, so daß sie also nur noch eine Stunde dauern würde; ferner ein lautes Ausrufen von Kursen zu untersagen; endlich dürfte nochmals jede Einräumung von Spekulationskredit untersagt und von den einzelnen Börsenfirmen eine schriftliche Verpflichtung hiezu gefordert werden. Man hofft, auf diese Weise das gesteckte Ziel zu erreichen, ohne daß ein Einschreiten amtlicher Natur, vor allem eine Erhöhung des Umsatzstempels, erfolgen würde, und in der Tat wäre dies im allgemeinen Interesse zu begrüßen. Schließlich muß es jedermann klar sein, daß eine Maßnahme, durch welche die in deutschem Besitz befindlichen hundert Milliarden Mark Börsenpapiere (hierin sind die Kriegsanleihen nicht eingerechnet) zeitweilig unerkäuflich gemacht würden, den Nationalwohlstand und den Kapitalmarkt aufs empfindlichste schädigen müßte, und dies kann keineswegs in der Absicht der maßgebenden und verantwortlichen Kreise liegen. Es bleibt daher zu hoffen, daß ein geeigneter Weg gefunden werden wird, um einerseits eine Einschränkung der Spekulation herbeizuführen, andererseits aber den Börsenverkehr als solchen weiterbestehen zu lassen, zumal die großen Verdienste der Börse um die finanzielle Kraft Deutschlands während der Kriegszeit nicht zu unterschätzen sind.

Ueber die weitere industrielle Entwicklung in Deutschland ist fortgesetzt Günstiges zu berichten, obwohl die Tage der starken Preiserhöhungen einwillen vorüber sein dürften. Es ist kürzlich schon erwähnt worden, daß die Regierung der Preisgestaltung, besonders auf dem Eisenmarkte, eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet, und daß weitere Preiserhöhungen ohne Zustimmung der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums nicht mehr erfolgen würden. Dabei ist vor allem auch der Gedanke maßgebend, daß heute der Staat Hauptabnehmer der Industrie ist und daß jede Preiserhöhung auf dem Eisenmarkte zahlreiches Material, das der Staat in den verschiedensten Formen — als Geschütz, als Munition, als Blankwaße usw. — bezieht, entsprechend verteuern muß. Mit den heutigen Preisen können die Eisenwerke zweifellos gut auskommen und so werden in der nächsten Zeit keine Preiserhöhungen vorgenommen werden, wenn auch bei noch langer Dauer des Krieges, bei weiterer Nahrungsmittelverteuerung und infolgedessen steigenden Arbeitslöhnen natürlich jede Möglichkeit weiterer Preissteigerung nicht von der Hand zu weisen ist. Ähnlich liegen die Dinge auf dem Kohlenmarkt. Das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat hatte ursprünglich die Absicht, in seiner Sitzung vom 8. Juni eine mäßige Preisheraufsetzung für einzelne Kohlsorten vorzunehmen; indessen unterblieb schließlich eine solche Maßnahme, weil die an der Spitze des Kohlsyndikats stehenden Persönlichkeiten sich vergewissert

hatten, daß der preußische Bergwerksrat eine Preiserhöhung nicht gutheißen würde, und so blieb es bei den bisherigen Preisen, die übrigens vollkommen auskömmlich sind. Es steht fest, daß die Lage des Kohlenbergbaues äußerst befriedigend ist; zum Teil auch deshalb, weil die Auslandsverkäufe, die früher oft zu sehr gedrückten Preisen erfolgten, gegenwärtig einen guten Nutzen lassen. Das gleiche gilt auch von den Auslandsverkäufen der Eisenindustrie, und bei der in der ganzen Welt augenblicklich herrschenden Warenknappheit vollzieht sich eigentlich kein Güter- und Warenabsatz zu unlohnenden Preisen, wenn man von wenigen Ausnahmen absteht. Diese Warenknappheit kommt auch insofern den Erzeugern zustatten, als sich nirgend nennenswerte Lager, die Unkosten und Zinsverluste verursachen, ansammeln, und als sich der gesamte Absatz viel schneller als in normalen Zeiten bewegt. Darin liegt zum erheblichen Teil das Geheimnis der ausgezeichneten Geschäftsergebnisse der Industrie; nicht nur großer Absatz und gute Verkaufspreise tragen dazu bei, sondern auch wesentliche Ersparnisse an Zinsen und Lagerungskosten, und diese Verhältnisse werden auch weiterhin andauern.

Auf Grund dessen herrscht daher in allen industriellen Kreisen fortgesetzt die vollste Zuversicht, und man erwartet auch für die Zeit nach dem Kriege einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. Bezeichnend dafür ist es, daß zum Beispiel die bairischen Staatsbahnen mit Rücksicht auf die nach dem Kriege zu erwartende Verkehrssteigerung ihren Güterwagenpark um 3100 neue Wagen erweitern. In der Industrie selber finden immer weitere Angliederungen und Vergrößerungen statt, die ebenfalls kennzeichnend für die herrschende Zuversicht sind. So erwirbt die Aktiengesellschaft Krupp das Erzbergwerk Wolf für vier Millionen Mark, die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft kauft die Geschloßfabrik Otto Zachmann in Berlin für 10 Millionen Mark an, die Telephonfabrik Berliner erwirbt die Metallwarenfabrik Ludwig Subitates u. Komp. in Berlin, das Stahlwerk Becker in Eufeld verdoppelt sein Aktienkapital auf 16 Millionen Mark; kurzum, wir leben in einer Zeit der ständigen Ausdehnung der Industrie, und es ist klar, daß alle diese Projekte nicht etwa nur im Hinblick auf die Anforderungen der Gegenwart vorgenommen werden, sondern vor allem im Hinblick auf die Zukunft, von der man eine weitere Steigerung des Bedarfs und mithin des Absatzes zuversichtlich erwartet.